

„Faire Debatte statt Wahlkampf um Strom“

DIW-Expertin Claudia Kemfert über Energiekosten, Börsenpreise, Netzentgelte und Steuern

Mit massiven Kostensteigerungen bei Energie hat Bundesumweltminister Altmaier sein Modell einer Strompreisbremse begründet. Die Energieexpertin des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Claudia Kemfert, hält nichts von kurzatmigen Schritten. Im RUNDSCHAU-Gespräch fordert die Autorin des Buches „Kampf um Strom“ eine faire Betrachtungsweise aller Faktoren

Umweltminister Peter Altmaier warnt vor einem weiteren Strompreisanstieg um bis zu zehn Prozent im Herbst. Ist das denn realistisch?

Das hängt von den Annahmen ab. Offensichtlich geht der Bundesminister davon aus, dass die erneuerbaren Energien weiter stark ausgebaut werden und gleichzeitig der Börsenpreis für Strom stark sinkt. Dann steigen die Differenzkosten zu der garantierten Einspeisevergütung und damit die EEG-Umlage. Die Frage ist jedoch, warum nicht auch der sinkende Börsenpreis bei den Haushalten ankommen sollte. Das be-



Plädiert für eine faire Debatte: Claudia Kemfert.

Foto: DIW

rücksichtigt er offensichtlich nicht.

Die Bürger verstehen das komplizierte Geflecht nicht.

Deswegen brauchen wir in den Abrechnungen endlich eine glasklare Transparenz, wie sich der Strompreis zusammensetzt, vom Börsenpreis über Netzentgelte, Steuern und Abgaben bis zur EEG-Umlage. So lange es so etwas nicht gibt, entsteht auch kein richtiger Wettbewerb. Wenn mehr Bürger sehen würden, wie ihr Anbieter den Preis kalkuliert, würden sie vielleicht auch schnel-

ler wechseln. Dann wäre schon viel gewonnen. Und ich würde mir eine Politik wünschen, die von den Konzernen einfordert, auch preissenkende Faktoren an die Verbraucher weiter zu geben. Das tun sie derzeit nämlich nicht.

Würden Sie so weit gehen wie die Linkspartei, die wieder eine staatliche Strompreisaufsicht einführen will?

Nein, so weit würde ich derzeit noch nicht gehen. Aber man sollte gesetzlich die Transparenz bei der Preisgestaltung der Stromkonzerne durchsetzen.

Altmaier wirbt mit seiner Warnung auch für sein Modell einer kurzfristigen Strompreisbremse. Was halten Sie davon?

Zu unausgegoren und teilweise auch gefährlich. Natürlich brauchen wir eine grundlegende Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Zum Beispiel, ob die Umlage sich noch so starr an der Differenz zum Börsenpreis orientieren kann. Und auch, ob die zahlreichen Ausnahmen für ener-

gieintensive Industrien noch berechtigt sind. Aber eine Deckelung der Umlage halte ich für problematisch. Sie würde die Energiewende ausbremsen. Schließlich gehören auch die Stromsteuern zu den Preistreibern, auch die Mehrwertsteuer auf die EEG-Umlage. Man könnte zum Beispiel den Grundfreibetrag der Stromsteuer erhöhen, das würde sich entlastend auswirken.

Für eine so umfassende Betrachtung gibt es im Wahlkampf kaum Zeit und Bereitschaft.

Alle Parteien wollen die Energiewende. Dann sollten sie sich im Sinne der Verbraucher jetzt zusammensetzen und eine faire Debatte führen, statt Wahlkampf um Strom zu führen. Im Moment wird allein der Ökostrom zum Sündenbock für die Preisentwicklung gemacht. Das ist absolut falsch und gefährlich. Hier werden die Menschen gegen die Energiewende in die Irre geführt.

Mit Claudia Kemfert sprach Werner Kolhoff